

15. November 2010 | Nr. 612

Pfister: Wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Forst- und Holzbetriebe

Rülke und Bullinger betonen gesellschaftspolitischen Wert für Wirtschaft und Bürger - „Wald und Baden-Württemberg – das passt zusammen. Unser Land gehört mit einem Waldanteil von knapp 40 Prozent zu den walddreichsten Ländern in Deutschland. In den Bereichen Forst und Holz erwirtschaften rund 200.000 Beschäftigte in 29.000 Unternehmen einen Jahresumsatz von rund 31 Milliarden Euro.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Forst- und Holzwirtschaftsunternehmen zu stärken, hat die Landesregierung unter dem Motto „Mehrwert durch Zusammenarbeit“ die sogenannte Clusterinitiative Forst und Holz auf den Weg gebracht.“ Dies sagte Wirtschaftsminister Ernst Pfister auf dem „Parlamentarischen Tag der Forstwirtschaft“ der FDP/DVP-Fraktion im Landtag. Nach den Worten des Ministers machen Umweltfreundlichkeit, ökonomische Vorteile und hervorragende technologische Werkstoffqualitäten das Bauen mit Holz innovativ und zukunftsweisend. Auch habe die Bedeutung von Holz als Energieträger in Zeiten hoher Preise für fossile Brennstoffe einen neuen Aufschwung erfahren. Pfister: „Die Stromerzeugung aus Holz konnte in den letzten zehn Jahren fast verzehnfacht werden.“ Der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Ulrich Rülke sagte, es sei bemerkenswert, welchen gesellschaftspolitischen Wert die Wälder des Landes im Blick auf Wirtschaftsentwicklung, Klimaschutz, Freizeit und Erholung erreicht haben. Rülke: „Vor rund 30 Jahren in der Zeit des sogenannten Waldsterbens wurden noch Untergangsszenarien beschrieben – davon kann heute im Grund keine Rede mehr sein.“ Der forstpolitische Sprecher Dr. Friedrich Bullinger setzte sich dafür ein, die Eigentumsrechte der Waldbesitzer wieder verstärkt in den Blick zu nehmen. Die Freizeitgesellschaft der Mountainbiker setze dem Wald zu – „vergessen wird oft, mit welchem großem persönlichen Aufwand sich Besitzer, Sägeunternehmen und Beschäftigte für die Erfolgsgeschichte der baden-württembergischen Wälder einsetzen“. Deshalb müsse die Landesregierung auch das Bestreben der EU, die nationalen Forst- und Waldwirtschaften verstärkt unter ihre bürokratischen Fittiche zu nehmen, mit Aufmerksamkeit verfolgen, so Bullinger.